

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 24 40. Jahrg.

17. Juni 1927

## ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

**Abonnement.** Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Postvereins 1,- Mk.

**Redaktion:**  
Hans Ronner, Berlin N 24, Elsassstraße 86-88 III. Redaktions-  
schluß: Montag. Telefon Amt Norden 4268.  
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. — Druck und Expedition:  
Conrad Müller, Scheideit-Leipzig, Augustastr. 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Obererkenntnis. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.* [Postverlagort Scheideit.]

### Eine Tagung der Klärung.

Die Reichstagungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben während das Ohr breiter Massen der deutschen arbeitenden Bevölkerung gewonnen. Beschäftigten sich diese Tagungen doch auch immer mit den Problemen der Zeit. Es ist deshalb noch heute ein gewinnbringendes Tun, die Protokolle vergangener Reichstagungen der SPD. nachzulesen. Auch für den freien Gewerkschafter. Denn bei diesem Studium zeigt sich deutlich, wie wichtig es für die Arbeiterbewegung ist, die Entwicklungstendenzen zu erkennen, um entsprechend handeln zu können, und wie kleine Ursachen oft große Wirkungen auslösen.

Dieses Studium ist für den jungen freien Gewerkschafter auch zugleich interessant. Denn es offenbart ihm, daß die freien Gewerkschaften sehr hart um Anerkennung ihrer Existenzberechtigung und um ihre Selbständigkeit, auch bei Sozialisten, kämpfen mußten. Zwar steht außer Zweifel, daß der Theoretiker des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx, den Gewerkschaften volle Existenzberechtigung zugewiesen hat, aber die Praxis sah die freien Gewerkschaften simplistisch nur als Schulen für den Sozialismus, das heißt, nur als Unterorgane für die politische Partei an. Natürlich mußten aus dieser Auffassung heftige Auseinandersetzungen zwischen dem Parteimann und dem Gewerkschafter entspringen. Der verdiente, allbeliebte August Bebel hat deshalb oft mit dem jungen, leider nun auch verstorbenen Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Karl Legien, die Klinge gekreuzt. Und auch sonst hat das Handeln der Gewerkschaften oft den heftigsten Widerspruch der Politiker in der Arbeiterbewegung gefunden. Als Beispiel sei nur auf den Tarifvertrag verwiesen, der eine zeitlang von einem Teile Sozialdemokraten als Verrat an den Interessen der Arbeiter angesehen wurde. Heute ist diese Ansicht voll überwunden, aber dieses Beispiel beweist, wie sehr in der Beurteilung der Entwicklung geteilt werden kann.

Aber trotz simplistischer Beurteilung des Wesens der freien Gewerkschaftsbewegung bleibt richtig, daß die freien Gewerkschaften Schulen des Sozialismus sind. Ohnedem würden die freien Gewerkschaften nicht nur ihre Existenzberechtigung, sondern auch ihre Lebensfähigkeit einbüßen. Die Attribute des Sozialismus sind und bleiben Solidarität, Opferfreudigkeit und Unterordnung des einzelnen unter die Notwendigkeiten des Wohlergehens der Gesamtheit. Ohne sie kann auch die freie Gewerkschaftsbewegung nicht sein. Daneben wäre der Tageskampf der freien Gewerkschaften um ideale und materielle Besserstellung der Arbeiter im Wirtschaftssystem des Kapitalismus planlos, wenn nicht danach gestrebt würde, die Ursachen, die diesen Kampf erzwingen, zu beseitigen. Beseitigung dieser Ursachen heißt aber nichts anderes als Überwindung des Kapitalismus und setzen eines neuen Systems an seine Stelle. Eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung geht aber nicht unter, ehe sie die Keime der neuen entwickelt hat. Den freien Gewerkschaften obliegt es deshalb ganz selbstverständlich — wollen sie die Ursachen der seelischen und materiellen Nöte der Arbeiter durch Beseitigung des Kapitalismus beheben — die Keime der neuen Wirtschaftsordnung zu entwickeln. Diese neue Ordnung kann nur der Sozialismus sein.

Zum Sozialismus gehört aber ganz selbstverständlich auch der sozialistische Mensch. Das Bildungs- und Erziehungsziel der freien Gewerkschaften ist deshalb auch kein anderes, als diesen Typ Mensch heranzuziehen. Freilich ist der Weg bis dahin noch weit. Aber nicht der Weg, sondern das Ziel ist entscheidend. — Zusammengefaßt zeigt das ganze Sein der freien Gewerkschaften den Willen zum Sozialismus; ihr Handeln ist auch von diesem Willen diktiert. Denken und Handeln ist also von sozialistischen Motiven beeinflusst. Es ist also richtig: Die freien Gewerkschaften sind Schulen des Sozialismus in Theorie und Praxis.

Wenn in der Vorkriegszeit die freigewerkschaftliche Arbeit sich in der Hauptsache darauf beschränkt hat, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter zu verbessern und die Sozialgesetzgebung voran zu treiben, so lag das begründet in

dem Reifegrad der Verhältnisse. Das war damals eben die Hauptaufgabe der freien Gewerkschaften, die teilweise sogar als Sisyphusarbeit angesehen wurde, weil man in Katastrophen dachte. Die Praxis hat aber anderes Denken und deshalb auch andere Schlüsse erzwungen.

Den freien Gewerkschaften sind durch die Ergebnisse der Zeit ganz natürlich auch neue Aufgaben zugewachsen. Wir haben schon vor 6 Jahren darauf hingewiesen, daß die Umgestaltung der Wirtschaft die Zukunftsaufgabe der freien Gewerkschaften ist. Und die Gewerkschaftskongresse von Leipzig und Breslau haben diese Ansicht dick unterstrichen. Diese Aufgabe den Gewerkschaften zu stellen, heißt, sie nicht nur als vollständig selbständig anerkennen, sondern sie auch mehr und mehr politisieren. Denn die Wirtschaft mitbestimmend beeinflussen, verlangt politischen Druck.

Beides, volle Anerkennung der freien Gewerkschaften als selbständiges Glied der Arbeiterbewegung und zunehmende Politisierung derselben, ist neben Klärung wichtiger anderer Fragen das Ergebnis der Reichstagung der SPD. in Kiel vom 22. bis 28. Mai. In einem Referat: „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik“, erstattet von Dr. Rudolf Hilferding, wurden alle Probleme berührt, die unsere Zeit politisch bewegen und diese Anerkennung ausgesprochen. An die Spitze seiner Ausführungen die Ablehnung der Zusammenbruchstheorie stellend, betonte Dr. Hilferding, daß der Sturz des kapitalistischen Systems die bewußte Tat des Willens der Arbeiterklasse sein muß. Das beweist auch die Entwicklung schlagend. Denn in der Wirtschaft ist trotz Krieg und Krise nichts zusammenbrechendes wahrzunehmen. Aber durch die Entwicklung der Technik wird die gesamte Grundlage der kapitalistischen Produktion mit einer kolossalen Explosivkraft umgewälzt. Konzernbildung und Internationalisierung der Großindustrie sind die Folgen davon. Natürlich wird dadurch die Wirtschaftspolitik berührt, und die Handelspolitik gewinnt so ein ganz neues Gesicht. „Es geht nicht mehr um den sogenannten Schutz der Arbeit, sondern um den Kartellschutz, um die Erleichterung des Abschlusses internationaler Kartellverträge bei Abschluß von Handelsverträgen. Damit beginnt zugleich die Periode des organisierten Kapitals, also Prinzip der Planmäßigkeit in der Wirtschaft. Die Brücke der staatlichen Einwirkung auf die Wirtschaft ist damit geschlagen und das Problem gegeben, die kapitalistisch organisierte und geleitete Wirtschaft umzuwandeln in die vom demokratischen Staat geleitete Wirtschaft. Die Entscheidungen des Stimmzettels rücken damit in das unmittelbare Einzelinteresse. Aber auch die Gewerkschaften erhalten neue Aufgaben. Mit Recht stellt Hilferding fest, „die Gewerkschaften müssen sich also im Zeitalter des organisierten Kapitalismus immer unmittelbarer sozialistische Aufgaben stellen.“ Natürlich dürfen dabei den Massen keine unerfüllbaren Versprechungen gemacht werden. Sehr richtig wurde in der Diskussion festgestellt, daß Versprechungen, die nicht erfüllt werden, das fürchterlichste Dynamit für jede Bewegung sind.

Was Dr. Hilferding noch über Demokratie, Republik und Monarchie und die praktische Politik der letzten Zeit sagte, sei hier übergangen, aber jedem Kollegen zum Studium empfohlen. Daß die Demokratie Sache des Proletariats sein muß, sei aber noch hervorgehoben. Denn es wird nur zu wenig von Arbeitern erkannt, daß der Faschismus das Ergebnis der geringen Achtung von Freiheit und Demokratie durch sie ist. Diese erteilte Lehre sollten sich die Arbeiter besonders hinter die Ohren schreiben, weil daraus resultiert, die oft mit großen Opfern erzielten Erfolge besser zu achten und damit entschiedener zu verteidigen. Denn es ist doch vielfach leider so in Arbeiterkreisen, daß die erkämpften Vorteile bewußt verkleinert werden, um Raum für kleinliche Kritik zu gewinnen.

Das von Dr. Hilferding gehaltene Referat auf dem Parteitag der SPD. in Lübeck, das zweifellos den Höhepunkt dieser Tagung ausmachte, konnte von uns natürlich nur andeutungsweise wiedergegeben werden. Es sei deshalb jedem

Kollegen zum eingehenden Studium empfohlen. Es kam ja auch nur darauf an, die Stellung dieser großen politischen Arbeiterpartei zu den freien Gewerkschaften darzulegen. Und die gipfelt eindeutig in der Anerkennung der Selbständigkeit der Gewerkschaften als Heeresäule der Arbeiterbewegung. So kann es auch nur vorwärts gehen! Dagegen muß eine Stellungnahme, die in der Absicht geht, sich der freien Gewerkschaften zum Zwecke parteipolitischer Interessenverfolgung zu bemächtigen, berechtigt abfallen. Denn die meistens dieses Streben begründende Phrase, die freien Gewerkschaften wieder auf den Boden des Klassenkampfes zurückzuführen, ist doch nur eine schlechte Ausrede nicht zu verteidigenden Tuns. Denn auch nach Marx dürfen die Gewerkschaften nicht mit einer politischen Partei verknüpft werden, ansonsten ihnen der Todesstoß versetzt wird. Das ist nur zu richtig! Trotzdem bleibt bestehen, daß die Endforderungen der Gewerkschaften nur von der Gemeinwirtschaft erfüllt werden können. Diesem Ziele zuzustreben, bleibt nach wie vor Aufgabe der Gewerkschaften. Sie gehen deshalb mit der politischen Arbeiterbewegung die breite Straße des Klassenkampfes. Aber ihr Handeln kann nur bestimmt sein von eigener Erkenntnis und eigenen Gesetzen. Deshalb können auch die Gewerkschaften keine Unterordnung unter das Wollen Außenstehender vertragen. Die Selbständigkeit der freien Gewerkschaften offen anerkannt zu haben, ist ein Teil des Inhalts des Parteitage der SPD. in Kiel. Dieses und noch eine Reihe anderer Entschlüsse machen ihn berechtigt zu einer Tagung der Klärung. Und Klärung der Stellungnahme der Arbeiterbewegung zu allen Problemen der Zeit tut not, bitter not.

### Normalisierung und Typisierung.

Auch die mit Normalisierung und Typisierung bezeichnete Bewegung kommt von Amerika. Ihre Anfänge gehen in die achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück.

Die Ursache war die vollständige Verwirrung und damit die Kraftverschwendung, die ein planloses Konstruieren mit sich bringt. Da gab es tausende von Gewindearten, tausende Sorten und Formen von Metallen, Textilfasern, hunderte von Röhrendurchmessern, Schienenspurweiten u. ähnl., kein einheitliches Leistungsmaß für Dampfkessele, Elektrizitätsspannung u. a. m. Die Änderung kam teils freiwillig in Fluß, teils gezwungen durch die großen Auftraggeber (Heer, Marine, Staatsbahnen). Es wurden im Laufe der Zeit drei große Gruppen von Aufgaben durchgeführt:

1. Die Normung. Das ist Vereinheitlichung, die organisatorische Zwecke verfolgt, z. B. die Normfestsetzung für die einheitliche Messung des Dampfdrucks, die Festsetzung von Normen für Materialprüfung aller Art, die Festsetzung von normalen elektrischen Spannungen, an die dann wieder die Festsetzung von Normen für die Widerstandsfähigkeit elektrischer Lampen und Sicherungen anknüpfen konnte.

2. Die Normalisierung, d. i. die Verständigung über die Abmessungen und Formen von Einzelteilen industrieller Erzeugnisse, z. B. die Schaffung einer einheitlichen Skala für Schrauben, Bohrer, Schraubenmutter- und Schlüsselgrößen, für Durchmesser von Autorädern, für Faserstärke und Qualität von Textilfasern, für Bausteine und Ziegel u. a. m.

3. Die Typisierung, d. h. Verständigung über die Beschränkung der Ausführungsformen der ganzen Erzeugnisse auf unbedingt notwendige, bewährte, allgemein gültige Typen. Beispiele haben wir in der Beschränkung der Brief- und Briefumschlagformate auf wenige Typen, der Typisierung der photographischen Apparate, Platten und Papiere u. ähnl.

Die Durchführung solcher Bereinigung des wirtschaftlichen Lebens ist zunächst mit Kapitalverlust verknüpft, denn die Vorräte an veralteten Waren und die Maschinen, die speziell dieser Ausführung dienten, verloren an Wert. Das mag das langsame Fortschreiten der Bewegung erklären.

In Deutschland ist der Gedanke verhältnismäßig spät Allgemeingut geworden. Erst unter dem Druck der Kriegsverhältnisse wurden die Bestrebungen zentral zusammengefaßt. Die führende Organisation war vor und während des Krieges der Verein deutscher Ingenieure. Ende 1917 wurde der Normenausschuß der deutschen Industrie aus Vertretern der Behörden und öffentliche Anstalten, der in Frage kommenden wissenschaftlichen Institute, der Architekten- und Ingenieurvereine und der industriellen Verbände gegründet. In den nunmehr zehn Jahren seiner Existenz hat er in Erfüllung der beschriebenen drei Aufgaben beträchtliches geleistet. Er gibt seine Beschlüsse laufend als Normblätter heraus und vereinigt sie zu einem Ganzen: dem Normwerk der deutschen Industrie.

Jede Normalisierung und Typisierung hat natürlicherweise das Bestreben, über die Landesgrenzen hinauszugreifen. Deshalb ist die internationale Behandlung des Gegenstandes seit jeher Ziel. Verhältnismäßig frühe Erfolge hatten diese Bestrebungen für die Elektrotechnik. Schon auf dem Pariser Elektrotechnikkongreß 1881 wurde der Grundstein gelegt. 1898 wurde in Zürich für allerdings nur vier Staaten ein metrisches Welteneinheitensystem festgelegt. 1886 kam das Abkommen über einheitliche Spurweite der Eisenbahnen zustande. Die internationalen Erfolge sind im ganzen noch äußerst spärlich und die Bewegung noch sehr in den Anfängen. Daß die Bestrebungen in den letzten 20 Jahren fast gar nicht vorwärts gekommen sind, ist ein deutliches Zeichen für den wirtschaftlichen Kriegszustand in den die Völker hineingeraten sind.

Die Rationalisierung fand also die Normalisierung und Typisierung als beachtenswerte Bewegung vor. Obwohl die umfassenden Normalisierungsarbeiten schon 1917 begonnen wurden, kamen sie wegen der miblichen wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland erst um die Zeit in die breitere Öffentlichkeit, in der auch die Rationalisierung weitere Kreise erfaßte. So kommt es, daß beide Bewegungen als untrennbare Einheit vor uns stehen. Ihre Zusammengehörigkeit erschöpft sich jedoch keineswegs auf dies historische Zusammentreffen. Die Normalisierungsbewegung findet in der Rationalisierung ihre letzte, auch theoretische Begründung. Die Rationalisierung wird durch die Normalisierungsbewegung aus dem privatwirtschaftlichen Bereich herausgehoben in eine Sphäre, in der die Gedanken der Planwirtschaft, der großen volkswirtschaftlichen Arbeitsteilung und Arbeitsverbindung lebendig sind. Von hier aus kann die Volkswirtschaft als Ganzes betrachtet werden, das der Rationalisierung zu unterwerfen ist. Die Arbeiterschaft wird ein Interesse daran haben, sich bei dieser Diskussion nicht auszuschließen.

Die Normalisierung und Typisierung endlich erhält innerhalb der Rationalisierung einen erneuten Antrieb. Allerorts trifft man auf das Streben nach Typenverminderung. Besonders markant in der gesamten Fahrzeugindustrie. Die Bauindustrie geht daran, auch im Hausbau Normalisierung (der Türen, Fenster u. a.) und Typisierung (der ganzen Häuser) durchzuführen, im Buchhandel will man die Buchformate und Papiersorten auf einige wenige verringern.

Auch die internationalen Normungsbestrebungen erwachen zu neuem Leben. Eine in New York tagende internationale Normenkonferenz hat im April 1925 beschlossen, eine Organisation zur Zusammenfassung aller Normungsbewegungen zu schaffen. Wenn sich die Arbeit dieser Kommission praktisch auch erst in Jahrzehnten auswirken wird, so ist doch heute schon wichtig, daß ein anderer Gesichtspunkt für die Betrachtung der Weltwirtschaft gewonnen ist, als der nationale, der in den maßgebenden Kreisen bisher der allein herrschende war.

In derselben Richtung bewegen sich die Bestrebungen nach Reibungsverminderung im internationalen Verkehr. Seit dem Krieg haben schon einige Konferenzen über diesem Thema zusammengemessen und auch ein Teil der Arbeit der eben auseinandergewandenen Weltwirtschaftskonferenz hat diesem Problem gegolten. Dies alles kann man als Normung fassen, als Vereinheitlichung mit wirtschaftsorganisatorischem Zweck und als Rationalisierung im weitesten Sinne: als Anwendung des Vernunftprinzips auf die wirtschaftlichen Beziehungen der Völker.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Unter dem Titel „Betrachtungen eines Unternehmers zur Sozialpolitik“ referierte der den Arbeitern sattsam bekannte Großindustrielle Dr. Ernst v. Borsig auf Einladung der „Gesellschaft der Berliner Freunde der Deutschen Akademie“ kürzlich. Aus seinem Vortrage, der ganz im Stile ältester Schule der Unternehmer gehalten war, sind einige Aussprüche wert, festgehalten zu werden. Grundsätzlich die Sozialpolitik behandelnd, möchte Borsig ihr bestimmte Grenzen ziehen, um die Wirtschaftsgesetze, wahrscheinlich denkt er nur an das der steigenden Profitrate, zu beachten. Eins der komischen Gesetze nach ihm ist, daß „jeder so viel erzeugen müsse, wie ihm er verbrauchen wolle.“ Dieses Argument ist ihm für

die Lohnpolitik und Arbeitszeitfrage maßgebend. Dieser Ausdruck läßt erstmal das gewerbsmäßige Bummeln wirtschaftsphilosophisch sehr gut erklären. Was braucht ein Landstreicher zu produzieren, zu arbeiten, wenn sein Verbrauch, seine Bedürfnisse so minimal sind, daß er sie durch einige Erfahrungen in seinem Gewerbe bequem decken kann. Der Arbeitsame, der mit mehr, vielleicht mit steigenden Bedürfnissen ausgerüstete, der muß eben mehr an Werten produzieren, um zu verbrauchen. Ja, aber wer sagt dem Arbeiter, daß er genug an Werten erzeugt habe resp. lange genug gearbeitet habe, um seine entsprechenden Bedürfnisse befriedigen zu können? Wer gibt ihm seinen erarbeiteten Werten entsprechend den richtigen Lohn? Das macht natürlich Herr Borsig auf Grund seiner Ansicht. Und damit wärren wir wieder auf dem alten Punkte der Frage nach dem Existenzminimum, die höchstwahrscheinlich von Herrn Borsig anders beantwortet wird als von seinen Arbeitern. Außerdem läßt sich das gar nicht feststellen, was zum Leben absolut nötig ist, denn sehr schnell wechselt die Auffassung darüber. Also ist seine Theorie vom richtigen Lohn genau so faul, wie alle anderen Lohntheorien. Doch ist diese Theorie des Herrn Borsig und seinem Anhang für die Praxis ihrer Lohnpolitik maßgebend. Jede Forderung nach Lohnerhöhung läßt sich ablehnen, weil noch nicht genug Werte geschafft sind; es werden erst dann mehr geschafft, wenn länger gearbeitet wird. Diese Weisheit ist das wissenschaftliche Mäntelchen; denn das Maß, welches Arbeitswerte mißt, ist noch nicht erfunden und wird am allergeringsten von einem Unternehmer erfunden werden. Aber man kann auch den Spieß umdrehen und kann sagen: gut, der Arbeiter soll das verbrauchen können, was er an Werten schafft. Da aber kraft der wirtschaftlichen Abhängigkeit des Arbeiters der Unternehmer ohne weiteres an der Arbeit des Arbeiters verdient, — denn wenn er zusetzt, so entläßt er ihn lieber —, wollen wir jetzt diesen Teil in Arbeitszeit umrechnen und ihn von der gewöhnlichen Arbeitszeit abziehen und damit können wir die Verkürzung der Arbeitszeit mit demselben Gesetz begründen. Mit besonderer Schärfe wendet er sich gegen die Sozialversicherung. Das Natürlichste wäre, daß jeder sich Rücklagen für Krankheit und Alter mache. Nur wo sie nicht ausreichen, müsse die Armenfürsorge eintreten! Die Tatkraft des einzelnen würde gelähmt, wenn er wisse, daß die Versicherung hinter ihm steht. So werde der Spartrieb gelähmt, und es gingen der Volkswirtschaft große Werte verloren. Je höher die Leistungen der Krankenversicherung seien, desto größer die Anzahl der Krankheitsfälle, wozu gewissenlose Kassenärzte das Ihre beitragen. Borsig behauptete, ohne die Fürsorge gingen vielleicht 50 000 Menschen zugrunde, aber 4—5000 andere könnten dann wenigstens Werte schaffen! Unter die, die die Werte schaffen, rechnet er sich wahrscheinlich auch, daß die aber, welche 50 000 zugrunde gehen lassen, Werte vernichten und demzufolge für unsere Volkswirtschaft noch schädlicher sind, daran hat er wohl nicht gedacht. Gegen diesen Typ von Wirtschaftsführern, und dieser Führer ist der Vorsitzende der „Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“, gibt es nur Kampf und am Verhandlungstisch nur Machtfragen. Wehe der Arbeiterschaft, die uneinig ist, oder wo solche Diktatoren die Staatsgewalt im Rücken haben.

Weiter wendet sich Borsig in seinem Vortrage gegen die Erwerbslosenfürsorge, die nach seiner Ansicht den Arbeitswillen lähmt. Zugegeben, daß in manchen Berufen, bei denen ziemlich große Extratunterstützungen gezahlt werden, das Bummeln bei schwachen Elementen gefördert wird. Aber in Wirklichkeit ist die Zahl der Arbeitslosen dieser beneidenswerten Berufe im Verhältnis zu dem großen Heer der ungelerneten Arbeiter, die nur auf die knappe Erwerbslosenunterstützung angewiesen oder schon ausgesteuert sind, so gering, daß sie gar nicht ernstlich ins Gewicht fällt. Aber darum ist ja Borsig gar nicht Gegner der Erwerbslosenfürsorge; er wäre ihr größter Freund, wenn das Geld der produktiven Erwerbslosenfürsorge der Industrie zufließen würde, wo es seiner Meinung nach besser als für öffentliche Arbeiten angewandt werden könnte.

Die ganze Rede atmete den Geist der Zeit der schwersten sozialen Kämpfe vor 100 Jahren, und man könnte von einem kapitalistischen Wirtschaftsführer neuerer Zeit wirklich verlangen, daß er die Probleme des gerechten Lohnes und der Arbeitslosigkeit wenigstens theoretisch mit anderen Argumenten umkleidet, zumal der Kapitalismus an der Schärfe beider Probleme wesentlichen Anteil hat, wie wir im folgenden zeigen werden.

Wer den wirtschaftlichen Charakter und die sittliche Bewertung der Arbeit im Altertum kennt, weiß, daß damals von der Arbeitslosigkeit als einer Massenerscheinung noch nicht die Rede sein konnte. Überall überwiegt als Nahrungsquelle die Landwirtschaft, die ihrer Natur nach dem Mittelstand und eine ausreichende Versorgung aller Volksteile begünstigt. Dazu kam, daß die materielle Arbeit, soweit als möglich, den Sklaven überlassen wurde, bei denen es eine Arbeitslosigkeit als soziales Problem ebensowenig geben konnte wie etwa beim Vieh. Wurde der Sklave

arbeitsunfähig, so ergab sich eine Fürsorgepflicht nicht, man durfte sich auf irgendeine Weise seiner entledigen. Aber auch der freie Arbeiter oder Handwerker — den man nach seiner Tätigkeit als ein sklavenähnliches, verächtliches Wesen anzusehen pflegte — konnte im allgemeinen nicht auf Mitleid und Beistand rechnen. Immerhin lassen sich manche staatspolitischen Maßnahmen aus griechisch-römischer Zeit unter dem Gesichtspunkte der Arbeitslosigkeit betrachten, wobei aber die Beschaffung von Arbeit immer nur ein Gesichtspunkt unter mehreren und meist nur von untergeordneter Bedeutung war. Man hat verwiesen auf den starken Drang nach kolonialer Expansion in Griechenland und Rom, der zum Teil aus Übervölkerung und Arbeitsmangel zu erklären sei. Auch die großartigen öffentlichen Arbeiten sollten zugleich den Massen Arbeit und Brot geben. Besonders Perikles hatte die Absicht, alle Schichten der Bevölkerung durch die öffentliche Baukunst Athens zu ernähren. Auch die Politik der öffentlichen Spenden kann man als Arbeitslosenmaßregel betrachten. In Athen soll im 5. Jahrhundert vor Christi schon mehr als die Hälfte der Bevölkerung von den Almosen des Staates gelebt haben. Ein eigentliches Proletariat bildete sich in Rom schon im 1. Jahrhundert vor Christi aus latifundien Leuten, die durch das Bauernlegen der Latifundienwirtschaft sich in der Hauptstadt ansammelten. Um nun die politisch gleichberechtigten Leute bei guter Laune zu halten, wurden Getreidespenden verteilt, die als eine Art von Erwerbslosenunterstützung wirkten. Cäsar versuchte vergebens, diese Spenden in eine geordnete Armenpflege umzuwandeln, aber immer planlos und reichlicher wurde die unentgeltliche Versorgung der sechsten Steuerklasse. Da das Übel selbst — eine grundfische Bodenpolitik — nicht ausgerottet wurde, konnte man natürlich auch der bedrohlichen Symptome nicht Herr werden.

Auch im Mittelalter und in der neueren Zeit bis zum Ende des 18. Jahrhunderts gab es die eigentlichen Arbeitslosenfragen, die der Gegenwart gestellt sind, noch nicht. Im Mittelalter behielt die Wirtschaft allenthalben noch ihren agrarischen Charakter. Die Verhältnisse waren einfach, klein und übersichtlich. Die Stände waren meist erblich, jeder wuchs in seinen Tätigkeitskreis hinein. Zudem wurde die ganze Wirtschaftspolitik, wie im Altertum, beherrscht vom Mittelstandsideal; jeder sollte in anständiger, christlicher Weise — fern allen Extremen — sein Leben führen und seine „Nahrung“ finden. Namentlich bis zum Ende des 1. Jahrtausends waren die sozialen Verhältnisse durch das Lehnwesen in eine strenge, traditionelle Ordnung gefügt, die von unten nach oben hin jeden band, andererseits von oben nach unten jeden beschützte. Erst um die Mitte des 15. Jahrhunderts begann in England jene von Thomas Morus so anschaulich beschriebene Verdrängung der Bauern durch die Schafzucht. Das Steigen der Wollpreise machte die Weidewirtschaft auf großen Flächen rentabel. Der zu dieser Zeit Tausende von Bauern zum Opfer gefallen sein sollen. Diese überflüssigen Menschen suchten eine Zuflucht im Heer oder in der Stadt. Kamen sie nicht unter, so wurden sie aus Not Bettler, Landstreicher und Diebe, und alle Versuche, dieser Landplage durch die Mittel schärfster Repression — Prügelstrafe, Gefängnis, Stäupen, Aufhängen — beizukommen, erwiesen sich als vergeblich. In Deutschland erreichte das Bauernelend seinen Höhepunkt am Anfang des 16. Jahrhunderts, in dem die Aufstandsversuche, die Bauernkriege, im Blute der Bauern erstickt wurden. Diese Zeit war zugleich die Glanzzeit der deutschen Stadt und mit ihr des zünftigen Handwerks. Noch hatte das Handwerk seinen goldenen Boden und nahm sich der notleidenden Meister und ihrer Hinterbliebenen ebenso wie der jungen Leute, der Lehrlinge und Gesellen, an.

Eine Arbeitslosigkeit größeren Umfanges brachte allen Kulturländern die neuere Zeit vom 16. bis zum 19. Jahrhundert, in der sich schon der Übergang zum modernen Kapitalismus ankündigte. Auf dem Lande verschärfte sich das gutserblich-bäuerliche Abhängigkeitsverhältnis in unerträglicher Weise. Besonders der deutsche Bauernstand lag nach dem Dreißigjährigen Kriege vollends am Boden. Abgewanderte oder verjagte Bauern zogen zur Stadt und bildeten mit arbeitslosen Gesellen ein neues städtisches Proletariat. Zumal die Zünfte in dieser Verfallzeit nicht mehr in der Lage waren, gleichsam als Versicherungskassen zu wirken. Sehr langsam brach sich dann bei der öffentlichen Gewalt die Überzeugung Bahn, daß diese Armen nicht mehr durch Auspeitschen und Verjagung Arbeit bekämen, sondern daß man sie vielmehr unterstützen müsse. Seit dieser Zeit datieren auch die städtischen Armenordnungen, in denen der Bettel strafbar blieb und die arbeitsfähigen Armen mit Rohstoffen und Werkzeugen auszurüsten sind, damit sie sich selber durch rüchliche Arbeit ernähren könnten. Neben der Stadt erkannte bald aber auch der Staat die Verpflichtung an, sich der Armen tatkräftig anzunehmen.

Zu Ende des 18. und zu Anfang des 19. Jahrhunderts ist auf wirtschaftlichem Gebiet gedanklich und praktisch eine allseitige und vollkommene Umgestaltung festzustellen. Der Merkantilismus wurde durch den wirtschaftlichen Libera-

ismus zertrümmert. Wie man vom freien Wettbewerb eine Anstachelung aller wirtschaftlichen Kräfte erwartete, so erhoffte man von ihm auch die ideale Lösung aller sozialen Fragen. Der wirtschaftliche Fortschritt, der wachsende Wohlstand, werde weit mehr Arbeitskräfte in Tätigkeit bringen als zuvor. In krassstem Widerspruch zu diesen Hoffnungen der liberalen Theoretiker standen die Tatsachen des 19. und 20. Jahrhunderts. Es erwies sich, daß gerade das Zeitalter des Liberalismus und des Kapitalismus zugleich das Zeitalter der Arbeitslosigkeit und zwar einer ungeheuren, unverschuldeten Arbeitslosigkeit des Proletariats werden sollte. Die Erklärung ergibt sich aus den Wandlungen des praktischen Wirtschaftslebens. Der Liberalismus brachte in der Tat die Freiheit, die er verheißt, die Auflösung der Zünfte, die Befreiung der Bauern, freien Wettbewerb, Gewerbefreiheit und Freizügigkeit. Es kam, erleichtert durch die neuen Verkehrsmittel, die räumliche Umschichtung, die Flucht vom Lande zur Stadt, in Deutschland vom Osten zum Westen. Es vollzog sich der gewaltige, noch nicht abgeschlossene Prozeß der Industrialisierung, das Vordringen von Industrie und Handel, das relative Zurückbleiben von Landwirtschaft und Handwerk. Bestimmend aber für das gesamte Arbeiterschicksal wurde die neue Technik, die einerseits die Unternehmer, andererseits die Arbeiter, getrennt durch eine tiefe, schwer zu überbrückende Kluft schaffte. Im Laufe der Jahrzehnte verlief die kapitalistische Revolution immer stürmischer. An Stelle der Kleinbetriebe traten die Fabriken, bei denen wiederum das kleinere Unternehmen von dem größeren, das größere vom Groß- oder Riesenunternehmen verdrängt wurde. Nach allen Seiten setzte sich ein starker Drang nach Rationalisierung, nach Arbeitersparnis durch, womit in den Übergangszeiten immer erneute und vermehrte Arbeitslosigkeit ursächlich verknüpft ist. Dazu kam die Unstetigkeit der Beschäftigung, die das Arbeiterleben erschütterte und die ganze Lage des Proletariats noch weiter verschlechterte. Man darf wohl behaupten, daß der Ausfall an Arbeit, der sich in der modernen Wirtschaft zur permanenten Massenarbeitslosigkeit steigerte, der schlimmste Fehler, der wahre Krebschaden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung geworden und bis zur Gegenwart geblieben ist. Darum muß man staunen, mit welchen mittelalterlichen Ansichten Vertreter dieses Systems die Schäden desselben heilen wollen.

Erka.

**Die bisherigen Arbeiten des Enquete-Ausschusses.**

Der Enquete-Ausschuß ist ungefähr ein Jahr in Tätigkeit. Abschließende Arbeiten konnten bisher nicht vorgelegt werden. Der Ausschuß hat aber seit seiner ersten Sitzung am 7. Juni 1926 ohne Unterbrechung gearbeitet. Bekanntlich wird die Hauptarbeit in den Unterausschüssen geleistet. Die 5 Unterausschüsse (Allgemeine Wirtschaftsstruktur, Landwirtschaft, Gewerbe, Arbeitsleistung, Geld, Kredit und Finanzwesen) haben bis zum 1. Juni d. J. in 20 Sitzungen ihr Aufgabengebiet behandelt. Vollstzungen des Ausschusses fanden bisher 5 statt. Die Unterausschüsse sind wieder in Arbeitsgruppen gegliedert. Es bestehen zur Zeit 26 solche Arbeitsgruppen. Diese hielten bisher im ganzen 262 Sitzungen ab. Insgesamt hat sich die Tätigkeit des Enquete-Ausschusses innerhalb des ersten Jahres seines Bestehens neben anderen in 330 Sitzungen vollzogen. Dem Enquete-Ausschuß zur Seite steht ein Bureau, welches aus einem Generalsekretär, 6 wissenschaftlichen Sekretären, 6 wissenschaftlichen Hilfsarbeitern, einem Bureauvorsteher und 28 weiblichen Hilfskräften besteht. Aus der Tatsache, daß bisher über eine abschließende Arbeit nicht berichtet werden kann, dürfte hervorgehen, welch ungeheures Aufgabengebiet dem Enquete-Ausschuß zugewiesen wurde.

**Beitragserhöhung?**

Eine lebhaftige Aussprache ist in der „Presse“ im Gange über eine Beitragserhöhung. Befehar und Verneiner fechten mit ihren Argumenten. Lebhaft geht es hin und her, je nach Temperament. Es ist immer so, wenn es an den Nervus rerum geht. Die Befürworter treten deshalb dafür ein, weil nach ihrer Meinung die Unterstützungssätze, besonders für Invaliden, erhöht werden müssen, um es so den älteren Kollegen leichter zu machen, ruder, Walze oder Stichel aus der Hand zu legen und dem jüngeren Nachwuchs Platz zu machen.

Die Kollegen betrachten diese Diskussion mit sehr gemischten Gefühlen. Die einen erhoffen und wünschen tatsächlich einen höheren Beitrag zu dem vorgeschlagenen Zweck und die anderen lehnen jede Beitragserhöhung sehr energisch ab. Von welchen Erwägungen sich manchmal die Kollegen leiten lassen und welche Verwirrung da und dort herrscht, dafür ein drastisches Beispiel. Bei der Urabstimmung über den Tarif im Steindruckgewerbe hat eine Mitgliedschaft diesen abgelehnt mit der Begründung: Die Lohnerhöhung sei doch nur deshalb herausgeholt worden, weil der Verbandsvorstand die Absicht habe, den Beitrag um 1 Mk. zu erhöhen. Ganz abgesehen davon, daß

sich niemand von solchen Gedanken hat leiten lassen, will ich einmal diese unterstellten Absichten als richtig annehmen. Wäre es nicht eine ganz ungläubliche Kurzsichtigkeit, deshalb abzulehnen und daraus anderen einen Strick drehen zu wollen? Der lachende Dritte wäre doch nur der Unternehmer. Die Kollegen haben entweder noch nicht begriffen oder schon wieder vergessen, daß Verbandsbeiträge die ertragsreichste Kapitalsanlage sind; denn was wäre ohne dieses Glied in der Kette unserer Machtfaktoren? Gerade die kaufmännisch rechnenden Unternehmer wissen das sehr gut einzuschätzen.

Da schießt auch der Kollege F. W. in Nr. 21 der „Gr. Pr.“ weit daneben, wenn er meint: „jede Beitragserhöhung ist zunächst eine Senkung des Lohnes“. Er fühlt, daß das nicht richtig ist, deshalb fügt er das Wörtchen „zunächst“ ein. Er will damit wohl auch sagen: erhöhte Beiträge = erhöhte Kraft der Organisation = verbesserte Lohn- und Arbeitsbedingungen. Er schlägt allerdings diese Erkenntnis mit seinem nächsten Satz wieder tot, wenn er meint: „Und die Entschädigung dafür ist ein Wechsel auf Sicht, von dem niemand weiß, ob er eingelöst wird“. Sein Hinweis auf die Inflation ist ganz falsch, weil er damit einen außerordentlichen Vorgang heranzieht. Der Verband hat übrigens sehr rasch nach Behebung der Inflation seine vollen Verpflichtungen, auch den alten Invaliden gegenüber, erfüllt. Mit solchen Gründen läßt sich jede Beitragserhöhung ablehnen und daran ist doch wirklich nicht zu denken.

Die Befürworter einer Erhöhung mit ihrem Vorschlag über die Verwendung desselben, befinden sich meines Erachtens auch auf einem ganz falschen Wege. Ich weiß zwar den Wert der Unterstützung sehr gut einzuschätzen und ich bin der letzte, der predigt, weg mit derselben. Doch eine derartige Überspannung des Unterstützungsgedankens ist untragbar. Haben sich die Kollegen schon einmal die Rechnung aufgemacht? Entsprechend ihrem Wunsche würde die erhöhte Unterstützung auch einen bedeutenden Zustrom von Unterstützungsempfängern zur Folge haben. Die Ausgaben würden die Einnahmen rasch überholen und was dann? Abbau der Unterstützung oder neue Beitragserhöhung. Es ist zwar der Vorschlag gemacht worden, den Beitrag gleich um 1 Mk. zu erhöhen, so daß also sehr respektable Einnahmen fließen würden. Es ist dies aber mehr ein Wunsch ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Kollegen.

Für beide Teile gilt: *Der Beitrag muß in einem tragbaren Verhältnis zum Lohne stehen, damit ist gesagt, daß dieser nicht willkürlich erhöht, aber auch nicht auf einer bestimmten Höhe festgefriert darf.* Immer müssen wir dabei an erster Stelle die gewerkschaftliche Leistungsfähigkeit und die Absicht einer Steigerung stellen, denn sie ist und bleibt der ausschlaggebende Faktor. Die Unterstützungen dürfen auf keinen Fall dem Verbandsstempel aufdrücken.

Wir haben heute eine Menge Möglichkeiten uns zu versichern und jeder Arbeiter kann nach freiem Ermessen — soweit es sein Einkommen erlaubt — sich in der Volksfürsorge versichern. Auch die Sozialversicherung hat gegen früher Erweiterungen erfahren. Hier stehen erhöhte Beiträge und erhöhte Leistungen gegenüber. Gewiß steht es mit der Alters- und Invalidenversorgung am schlechtesten. Es ist aber Aufgabe der gesamten Arbeiterbewegung, auf politischem Wege für die Herabsetzung der Altersgrenzen und Heraussetzung der Renten zu wirken. Wäre die Arbeiterschaft sich insgesamt ihrer Klassenstellung bewußt, dann wäre der Erfolg längst gegeben. Gewiß ist das der Hinweis auf einen langen schwierigen Kampf, aber es ist eine Utopie zu glauben, ein solch kleiner Kreis von Personen, wie wir in unserem Verband, wären in der Lage, der Gesellschaft die Lasten abzunehmen, die sie im Interesse der Arbeitsinvaliden zu tragen hat. Wir müßten Schiffbruch leiden. Der gute Wille allein tut es nicht.

Es ist aber auch nicht so, daß der jetzige Beitrag die oberste Grenze darstellt. Gegenwärtig halte ich eine Erhöhung des Beitrages nicht für angebracht, aber wie wir auch nicht daran denken, die heutige Lohnhöhe als Maximal anzusehen, genau so wenig können wir das beim Verbandsbeitrag gefhen lassen. Das wäre eine absolute Schwächung des Verbandes und ich nehme von keinem Kollegen an, das herbeiführen zu wollen. Wir werden also sehr wohl zu gegebener Zeit die Frage der Beitragserhöhung ernsthaft aufwerfen müssen, um Lohnemkommen, Beitrag und Gesamtleistungen des Verbandes in Übereinstimmung zu bringen.

Christian Ferkel.

**Zur Beitragserhöhung.**

Die Meinungen der Kollegen in den einzelnen Mitgliedschaften über die vorgeschlagene Erhöhung des Verbandsbeitrages sind sehr verschiedene. Die Kollegenschaft am linken Niederrhein (mit einigen Ausnahmen) ist gegen eine Beitragserhöhung. Sie ist der Meinung, daß mit dem jetzigen Beitrag der Verband, gewerkschaftlich wie auch sozial, den Mitgliedern in Zeiten der Krise die nötige Rückenstärkung geben kann. Selbstverständlich bedarf es außergewöhnlicher Maßnah-

men, wenn allgemein Wirtschaftskrisen eintreten, die unsere Kollegen mit Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit belegen. Verbandsvorstand und Beirat haben dann auch zeitig Mittel zur Verfügung gestellt, um die ausgereuteten arbeitslosen Kollegen vor schlimmer Not zu bewahren. Man rief weiter die in Arbeit stehenden Kollegen zur Leistung einer Extrasteuer auf, um den ausgereuteten Kollegen eine weitere Beihilfe zu geben.

Verbandsvorstand und Beirat wußten aus alter Erfahrung, daß die Kollegen die Erwerbslosen genau so unterstützen würden wie in den Zeiten der Aussperrung und der Streiks die Kämpfenden. Auch hier, am linken Niederrhein, haben die Kollegen 1 Jahr lang 1—3 Mk. wöchentlich Extrasteuer gezahlt und es ist außer einigen Fällen den Unternehmern nicht möglich gewesen, den geplanten Lohnabbau im Bezirk Rheydt und Umgegend durchzuführen, obwohl ein Antrag auf Abbau der Löhne bei unserer Gauleitung in Köln vom linksrheinischen Syndikus der Unternehmer gestellt worden war. Man wollte mit uns über einen Lohnabbau verhandeln!

Unsere alten und invaliden Kollegen müßten zweifellos finanziell besser gestellt sein, aber schließlich kann der Verband nicht alle soziale Fürsorge übernehmen. Jeder Kollege weiß doch, daß unsere verbandlichen Unterstützungseinrichtungen schon so gestaltet sind, wie sie in wenigen Verbänden anzutreffen sind. Durch Regieremaßnahmen soll für unser Gewerbe die Erwerbslosen- und Krisenfürsorge von 39 auf 26 Wochen Bezugsdauer gekürzt werden. Die bürgerliche Regierung weiß die Opferwilligkeit unserer Kollegen zu schätzen und kennt auch unsere sonstigen Unterstützungseinrichtungen.

Sorgen nun die Verbände gut für ihre erwerbslosen und invaliden Kollegen, schreitet der Staat zu Sparmaßnahmen im Interesse der besitzenden Klasse. Die Beiträge zur Erwerbslosenversicherung verlangt man von uns, aber von den vollen Rechten schließt man uns aus. Wir wollen Staat und Kapital nicht von aller sozialen Fürsorge entbinden, sondern diese haben die Pflicht und wir das Recht, von diesen, wenn wir schuldlos erwerbslos sind, in volle Fürsorge genommen zu werden. Eine Beitragserhöhung in dieser Zeit wäre auch nicht angebracht, da noch ein großer Teil früher erwerbsloser Kollegen, die jetzt wieder in Arbeit stehen, in ihrer häuslichen Wirtschaft zurückgeblieben sind. Es wird für diese noch eine Zeit dauern, ehe sie sich wieder erholen haben. Weiter sind eine Reihe Orte in der Entlohnung sehr zurückgeblieben. Sind diese nicht in der Lage, die Löhne zu steigern, kann vorab keine Erhöhung der Beiträge erfolgen. Bis zum nächsten Verbandstag werden die Kollegen dieser Orte es hoffentlich verstanden haben, ihre Löhne zu steigern, und dann mag der Verbandstag entscheiden.

W. S.

**Ortsbericht.**

Düsseldorf, Sonntag, den 29. Mai war für die Kollegen der Zahnstelle Düsseldorf ein großer Tag. Hatten sich doch über 100 Kollegen, zum Teil mit ihren Frauen sowie 25 Lehrlinge mit ihrem Wimpel am Bahnhof eingefunden, um nach Duisburg zu fahren und dort die Tiefdruckabteilung des Karl Lange-Verlag (Duisburger Generalanzeiger) zu besichtigen. Auch von Krefeld waren 20 Kollegen herbeigezogen, um an der Besichtigung teilzunehmen. Von den Duisburger Kollegen am Bahnhof abgeholt, wurden wir auf dem Hof der Druckerei von Herrn Meyer-Operbeck als Vertreter der Firma aufs freundlichste empfangen. In leicht verständlichen Worten gab uns Herr Meyer-Operbeck einen Überblick über die Technik des Tiefdruckes. Die Besichtigung bot allen Kollegen und Teilnehmern etwas neues. Durch gute Führung und Erklärungen konnte sich jeder in die Atzung der Kupferzylinder hineinendenken. Großes Interesse erweckte die Tiefdruckrotationsmaschine, welche uns in Betrieb gezeigt wurde. Hier gab Herr Thiele die nötige Aufklärung und Erläuterung. Jeder Teilnehmer verließ mit Befriedigung den Betrieb, nachdem jeder eine soeben gedruckte illustrierte Tageszeitung erhalten hatte. Nach dem gemeinsamen Mittagessen fuhren wir mit Extrawagen der Elektrischen nach Ruhrort, um Deutschlands größten Binnenhafen zu besichtigen. In zwei Motorbooten ging es in 1 1/2 stündiger lustiger Fahrt durch die gesamten Hafenanlagen. Allgemein wurde die Menge internationaler Schiffe bewundert, die die Produkte des Industriegebietes in alle Welt befördern. Alle Kollegen und Teilnehmer werden mit Befriedigung an diesen Tag denken.

Von dieser Stelle aus nochmals Dank allen, die zum Gelingen des Tages beigetragen haben. Besonders Dank den Duisburger Kollegen, dem Karl Lange-Verlag für die Genehmigung der Besichtigung, Herrn Meyer-Operbeck sowie Herrn Thiele für ihre gute Führung. Dank auch dem Personal des D. G. A., das sich an diesem Sonntag bereitwillig zur Arbeit zur Verfügung gestellt hat. Möge dieser Tag dazu beigetragen haben, den Kollegen die Bedeutung der Entwicklung der Technik gezeigt sowie den kollegialen Geist gepflegt und gefördert zu haben.

R.

# Feuilleton.

## Die Gefahren des § 218.

Von Arthur Melzer (Dresden).

Der Kampf um die Beseitigung des § 218 greift als eine natürliche Folgeerscheinung der Verhältnisse und des fortschrittlichen Denkens immer weiter um sich, und er wird nicht eher abgebrochen werden, bis nicht ein vollkommener Sieg über die Verfechter seiner Beibehaltung errungen ist.

Die Argumente, welche letztere zugunsten desselben anführen, lassen jede Beweiskraft hinsichtlich seiner tatsächlichen Zweckmäßigkeit vermissen. Anders verhält es sich mit denjenigen, die gegen diesen — die naturgemäße Entwicklung hindernden Paragraphen — ins Feld geführt werden können.

Um über die Schädlichkeit dieses Paragraphen ein klares und erschöpfendes Bild zu gewinnen, bedarf es neben des Beweises seiner Unnatürlichkeit hinsichtlich Verhältnisse und Fortschritt, vor allem der Feststellung seiner psychologischen und physischen Wirkungen auf die von ihm unter Zwang gehaltenen weiblichen Wesen.

Vorauszuschicken ist, daß diese — je nach Charakterveranlagung und den Umständen, unter denen eine Schwängerung erfolgt ist — verschieden sein müssen. So sind bei einer Klassifizierung derselben diejenigen, die sich aus der Ursache „gemeiner Gewalt“ ergeben, selbstverständlich als am tiefsten in das Leben — körperlich wie seelisch — einschneidend, zu bewerten.

Eine Vergewaltigung gilt deshalb mit Recht als schweres Verbrechen und wird entsprechend mit langjährigen Freiheitsstrafen geahndet, die Folgen in einer Schwängerung bestehend — stehen aber dem Gesetz nach unter Schutz, indem dieses die einzig mögliche Wiedergutmachung angetanen Unrechts unter Strafandrohung verbietet.

Abgesehen davon, daß eine derartige Bestimmung jeder Logik vernunftmäßigen Denkens widerspricht, und daher geeignet ist, den gesamten Komplex gesetzlicher Richtlinien in ein schiefes Licht zu setzen, ist sie in der Hauptsache ein Hohn auf menschliches Empfinden.

Muß nicht der Zwang, die Frucht angetaner Gewalt auszutragen, „deprimierend und schädigend auf Gemüt und körperlichen Zustand der Schwangeren einwirken und damit auch die Entwicklung des werdenden Geschöpfes zu eigenem und der Gesamtheit Schaden beeinflussen, ganz abgesehen von den Möglichkeiten, die sich aus der Vererbung väterlichen Instinkts ergeben können? Und muß nicht der Abscheu, den die sich Mutter fühlende Mißbrauchte gegen den Schänder ihres Leibes empfindet, sich nicht in den weitaus vorwiegenderen Fällen auch auf das an sich doch unschuldige Kind übertragen, das — so lange es lebt — immer einen Schandfleck für sie personifiziert, der sich niemals abwachen läßt.

Was dann, wenn ein dergestalt mißbrauchtes Weib, das aus Furcht vor gesellschaftlicher Achtung oder aus Scham die Untat verschwiegen und die Folgen spürend und keine Rettung sehend, ihr Leben endet oder das heimlich geborene Kind beiseitigt? In den Zeitungen liest man dann kurze Notizen mit Seitenhieben über die Unmoral, selten aber ein Wort des Bedauerns und Verstehens für die beklagenswerten Opfer, die nun kalte Erdmassen oder starre Kerkermauern umschließen.

Alle Menschen sind dem „Irren“ unterworfen und Blut ist bekanntlich dicker als Wasser. Und wenn es einmal heißer wie sonst durch die Adern pulsiert, so kann es vorkommen, daß Menschen verschiedener Gesellschaftsklassen, die das Schicksal wahllos zusammengeführt, in einem Moment des Vergessens aller Überlegung und Vorsicht entbehren. Menschen sind Wesen von Fleisch und Blut, und mögen sie noch so überzeugte Idealisten sein und in seelischer Verbindung das Genüge zu finden glauben, sie beherbergen instinktive Triebe in sich, die trotz aller Beherrschung oder vielleicht gerade deshalb urplötzlich die

Schranke durchbrechen, die Vernunft und Verhältnisse gesundheitlicher wie wirtschaftlicher Art aufrichten.

Auch für sie gilt deshalb, was im vorhergehenden Abschnitt gesagt, denn tiefste Verzweiflung und namenloses Elend schwebt oft über den Häuptern dieser Betroffenen und diktiert ihnen einen Leidensweg, der geeignet sein kann, sie zu zermürben und für immer unglücklich zu machen. Das Zeitalter der Mechanisierung und Schematisierung, in welchem die Menschheit sich befindet, und das tagtäglich neue Scharen arbeitsfähiger Mitmenschen auf die Straße wirft und sie ihrer Existenz beraubt, kann logischerweise ebenso keinerlei Interesse an einer schrankenlosen Vermehrung des menschlichen Geschlechts besitzen. Gegenteilig muß es diese als eine Gefahr erkennen und ihr ganzes Bestreben darauf richten, die unzweckmäßige und deshalb schädliche Zeugung einzuschränken, denn — wie im Wirtschaftsleben der Bedarf die Produktionsmöglichkeit regelt und eine ziellose Überproduktion die Maschinen stille stehen läßt, muß auch eine nicht gehemmte Überverkörperung die Lasten der Allgemeinheit bis zur Unerträglichkeit steigern und die Menschheit der Verelendung und der Selbstvernichtung überliefern.

Für mutmaßlich kranke und siechte Nachkommenschaft ist deshalb schon aus diesem Grunde kein Platz mehr auf der Erde. Und auch die zweckmäßige Zeugung muß sich in Schranken halten, die einen gewissen prozentuellen Überschub nicht übersteigt.

Um aber diesen Zustand der Stabilisierung, der allein eine Nachkommenschaft gesunder und geistig hochstehender Menschen gewährleistet, zu erreichen, ist als zwingende Notwendigkeit die Aufhebung des § 218 durchzusetzen.

Nicht egoistische Interessen von Sonderklassen haben hier zu entscheiden, sondern das Wohl der Allgemeinheit ist einzig und allein maßgebend. Und nur diese hat das Recht und die Pflicht, gesetzgebende Bestimmungen, die das Leben der Menschen zu regeln haben, zu erlassen.

## Nachtrag zu Holbeins Totentanz.

In unserer Zeit, in der die Deutsche Republik so vielfach offen und versteckt angefeindet wird, ist besonders bei früheren großen Künstlern hervorzuheben, wenn sie demokratisch und republikanisch gesinnt waren. Ich habe das mit Absicht bei Beethoven getan. In dem Artikel „Holbeins Totentanz“ (in Nr. 22 der „Gr. Pr.“ vermissen ich das, und möchte es nachholen. Ich führe hierzu einen glaubwürdigen Zeugen an: Ernst Borkowsky in seinem großen Werke „Aus der Zeit des Humanismus“ (verlegt bei Eugen Diederichs, Jena 1905). Schon, daß Holbein in seine Totentanzzeichnungen eine sozialistische Tendenz legte, ist ein Beweis für seinen Republikanersinn. Als später die Bilderstürmer im alten Basel kam, war es mit der Kunst alle, und Holbein ging nach England und wurde Hofmaler. Hierüber schreibt E. Borkowsky auf Seite 114 seines großen Werkes wörtlich: „Die Hofluft hat Holbeins Kunst nicht blutlos gemacht. Seine republikanische Ungeniertheit, die er aus Augsburg und Basel mitbrachte, setzte sich auch hier durch; Auge und Hand blieben unbestechlich: das ist ein unvergänglicher Ruhmestitel. Und die Zeit, da überall am Wege die Schmeichelrede Blüten trieb, konnte doch von der Malerei die Wahrheit hinnehmen.“ M.-D.

## Vom Büchertisch.

Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie 1926. Verlag J. H. W. Dietz, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

In Gegensatz zu früher will die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihre Rechenschaftsberichte als Jahrbücher herausgeben. Das ist zweifellos ein löbliches Tun. Das Jahrbuch für 1926 beweist das. Denn dieses Jahrbuch ist direkt ein Geschichtswerk, und zwar ein politisches Geschichtswerk. Wer sich in dieses Jahrbuch vertieft, erlebt noch einmal, was seit dem Parteitag in Heidelberg alles über die politische Bühne gegangen ist. Auch für den Gewerkschafter ist dieses Jahrbuch von größter Bedeutung.

## Im Wetter- und Watterwinkel. Von Karl Severing. Verlag Buchh. Volkswacht, Bielefeld.

Die Literatur über die Nachkriegszeit ist schon ganz beträchtlich, obwohl noch gar nicht all zu viel Zeit ins Land gegangen ist. Aber diese Zeit hat Inhalt. Und ganz besonders die ersten Jahre nach der Staatsumwälzung sind mit wichtigen Ereignissen gefüllt. Das industrielle Rheinland hat reichlich dazu beigetragen, denn im Industriegebiet platzen die Gegensätze immer am heftigsten aufeinander. Wie es im Industriegebiet 1919 bis 1920 war, schildert der ehemalige preussische Innenminister Severing in seiner Schrift, die viel Wissenswertes zur deutschen Geschichte der Nachkriegszeit beiträgt. Wir wünschen, daß jeder Kollege dieses Buch in seiner Bibliothek haben möchte; in jeder Mitgliedschaftsbibliothek müßte es wenigstens zu leihen sein.

Buchgewerbliches Hilfsbuch. Von Otto Säubler. 5. Auflage. Verlag von Oscar Brandstetter, Leipzig. Preis: Leinenband 4,50 RM.

Das bekannte, allseitig geschätzte Buch hat längere Zeit gefehlt, weil der Verfasser infolge beruflicher und ehrenamtlicher Überlastung nicht früher zur Bearbeitung der neuen Ausgabe kommen konnte, die insbesondere auf Neugestaltung der Abhandlungen über Offsetdruck und Tiefdruck gerichtet war. Aus der vieltausendfachen Verbreitung des Buchgewerblichen Hilfsbuches erweist sich schon, daß es keine neue Erscheinung ist, sondern ein Buch mit einem gesicherten Abnehmerkreis. Tatsächlich sind alle irgendwie am Schrifttum und Druckwesen beteiligten und alle sonstigen geistig regen Leute Interessenten dieses jeden Leser lesenswerten Werkes.

Die Darstellungsweise ist völlig voraussetzungslos gehalten. Das heißt, es versteht jeder, was hier über Handsatz, Maschinensatz, Schriftgießerei, Stereotypie, Galvanoplastik, Reproduktionsverfahren, Übertragungsdruckverfahren, Buchdruck, Lithographie, Steindruck, Offsetdruck, Tiefdruck, Notenstein und Musikalien-Druck sowie über Buchbinderei und Papier gesagt wird, auch wenn er nicht „vom Bau“ ist, aber anderseits ist hier das gesamte graphisch-buchgewerbliche Gebiet so einheitlich und erschöpfend geschildert, daß auch der Fachmann eine Menge Dinge anschaulich vorgetragen findet, die ihm keineswegs alle geläufig waren. Eine reichliche Zahl guter Abbildungen unterstützt die an sich schon recht flüssige Darstellung, ganz abgesehen davon, daß auch substantielle Anschauungsmittel, wie Papierproben mit Angabe der Stoffzusammensetzung, Bleitypen, eine Maschinensatzzeile, eine Korrekturzeichentabelle, ein Zeilenzähler und sonstige Beigaben das Verständnis erleichtern. Wir können das Buch nur bestens empfehlen, besonders auch als Geschenk an junge Berufsgenossen.

England am Scheidewege. Von Gg. Engelbert Graf. Jungsozialistische Schriftenreihe. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30. Preis kart. 85 Pf.

Wird das Britische Imperium, das bisher größte Weltreich der Geschichte, bestehen bleiben, wird es zu einem Zusammenstoß zwischen Sowjet-Rußland, Pan-Amerika und dem Britischen Empire kommen? Was hat Europa zu tun, um sich diesen drei Weltmächten gegenüber zu behaupten? Kann Europa länger die Zersplitterung in einige Dutzend Staaten und Stäbchen aushalten, ohne dabei zugrunde zu gehen? — Auf diese und ähnliche Fragen gibt Engelbert Graf's Schriftlichen Auskunft, indem der Autor an Hand einer Skizze des historischen Werdens des Britischen Imperiums seine eigenartige Stellung in der Welt wirtschaftlich und politisch fixiert austrägt, wo es in gefährliche Interessengegensätze mit seinen Nachbarn geraten muß und so die Grundlinien der britischen Politik aufleuchtet. Zum Verständnis der politischen Probleme der Zeit ist das Werkchen unentbehrlich!

Lehrstoffe und Aufgaben zur deutschen Stillehre. Von Rektor A. Knospe. (IV, 35 S. Oktav). (Richtiges Deutsch! Kleine Hilfsbücher für Volksschulen u. a. freie Bildungslehrgänge. Heft 3). Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin. Kart. 80 Pf.

Dieses Buch will weder theoretische oder gar wissenschaftliche Stilkinde treiben. Vielmehr soll an Hand überzeugender Beispiele und sorgfältig ausgewählter Aufgaben zu näher Vertrautheit mit der Muttersprache geführt werden, die allein die Grundlage zur Erwerbung eines guten, klaren und endlich persönlichen Stils bietet. Erst wenn dem Menschen die Augen geöffnet sind für Sprachrichtigkeit und schließlich Sprachschönheit, wird er scharf zwischen gutem und wertlosem Schrifttum unterscheiden und fortan selbständig und fruchtbar an seiner Weiterbildung arbeiten können. Dank seiner übersichtlichen Anlage und klaren Gliederung vermag das Büchlein auch beim Selbstunterricht wertvolle Dienste zu leisten.

„Wohnungswirtschaft“. Zeitschrift der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Wohnungsfürsorgegesellschaft. (Dewog, Deutsche Wohnungsfürsorge-Aktiengesellschaft für Beamte, Angestellte und Arbeiter, Berlin S 14, Inselstr. 6, Publikationsorgan der Dewog-Revisionsvereinigung).

Das soeben erschienene umfangreiche Sonderheft dieser Zeitschrift, die Nummer 1012, enthält eine Anzahl interessanter Arbeiten über aktuelle Probleme des gemeinnützigen Wohnungsbauens, die durchweg einen konsequent gemeinwirtschaftlichen Standpunkt vertreten.

Die Zeitschrift, die nicht mehr und nicht weniger als das Zentralorgan für alle wohnungs-, mieterfürsorgeische und hausgenossenschaftliche Arbeit innerhalb der freigewerkschaftlichen Gesamtbewegung darstellt, darf die hiesigen Probleme der kommunalen Wohnungspolitik in neuer anregender Form erörtern, sollte von allen am Wohnungswesen interessierten Organisationen und Persönlichkeiten gelesen werden.

### 2 perfekte Andrucker

für Offset- und Steindruck

### 1 tüchtiger Andrucker

für drei- und vierfarbigen Buchdruck sowie

### mehrere Farbätzer

für Buch- und Offsetdruck

Kunstanstalt Gustav Reissacher, Stuttgart.

### Zinkdruckplatten

 in Ia Lithographie-Qualität.

### Ia Auswaschtinktur

 Zinkätzsalz D. R. P.

### Entsäuerungspulver, Schleifkugeln

 sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck.

### Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36,

 Wiener Straße Nr. 50, Fernspr. Mor. 12289


**Faltboote**

führen Sie zerlegt im Rucksack mit sich. Mit Wandern auf Flüssen u. Seen verbringen Sie Ihre Sonntage und Ferien gesund, billig u. reizvoll. Wir liefern nur direkt. Verh. Sie die ill. Schrift „Wasserwandern“ gegen Mk. — 60 od. einfache Preisliste kostenlos.

**KLEPPER-FALTBOOT-WERKE,**  
Rosenheim a. Inn 432

## Achtung! Mannheim!

Die Adresse des 1. Vorsitzenden und Ausleiters ist jetzt: Karl Müller, Mannheim-Neckarau, Wingerstraße 40 III.

## Fachliteratur!

Von „Graphische Technik“ 1926/27 sind noch einige gebundene Exemplare abzugeben. Preis inklusive Nachnahme 7 80 RM.

Courad Müller, Schkeuditz - Leipzig